

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
Vorwort zur 2. Auflage.	VI
Vorwort zur 1. Auflage.	VIII
Hinweis zur Benutzung der CD-ROM.	X
Inhaltsverzeichnis	XI
Verzeichnis der Muster und Formulierungsbeispiele.	XXVII
Literaturverzeichnis.	XXIX
Abkürzungsverzeichnis	XXXV

	Rn.
Teil 1: Betreuungsrecht.	1
A. Einführung in das Betreuungsrecht	1
I. Entstehungsgeschichte und wichtige Reformen	1
1. Betreuungsgesetz und Erstes Betreuungsrechtsänderungs-	
gesetz	1
2. Zweites Betreuungsrechtsänderungsgesetz	3
a) Vergütung der Berufsvormünder und Berufsbetreuer .	5
b) Stärkung der Vorsorgevollmacht	16
c) Auswahl und Bestellung des Betreuers	20
d) Nicht übernommene Vorschläge	21
e) Vorsorgeregister	22
f) Evaluation der Auswirkungen des Zweiten Betreu-	
ungsrechtsänderungsgesetzes.	23
3. Gesetzliche Normierung der Patientenverfügung	27
II. Grundprinzipien des Betreuungsrechts	30
1. Einstufigkeit.	30
2. Stärkung des Selbstbestimmungsrechts.	31
3. Erforderlichkeitsprinzip.	32
4. Einheitsentscheidung	33
III. Voraussetzungen für die Bestellung eines Betreuers.	34
1. Betreuungsbedürftigkeit	34
2. Erforderlichkeit der Betreuung (insb. Subsidiarität gegen-	
über der Vorsorgevollmacht)	37
B. Der Betreute im Rechtsverkehr	48

	Rn.
I. Abschluss von Rechtsgeschäften durch den Betreuten selbst . .	48
1. Lebzeitige Rechtsgeschäfte	48
a) Geschäftsfähigkeit/Geschäftsunfähigkeit.	49
aa) Betreuung für lediglich körperlich Behinderte . .	49
bb) Betreuung für psychisch Kranke bzw. geistig oder seelisch Behinderte	52
(1) Auswirkungen auf die Geschäftsfähigkeit . . .	52
(2) Beurkundungsrechtliche Konsequenzen	67
b) Einwilligungsvorbehalt und Betreuung	72
aa) Zustimmungspflicht und Ausnahmen	72
bb) Einwilligungsvorbehalt und Geschäftsunfähig- keit	75
cc) Sonderfälle	79
2. Verfügungen von Todes wegen	83
a) Testierunfähigkeit.	84
b) Testierunfähigkeit bei Betreuten	90
3. Sonderproblem: Lebzeitige und letztwillige Zuwendun- gen des Betreuten an seinen Betreuer	106
a) Kein ausdrückliches gesetzliches Verbot	109
b) Keine analoge Anwendung des § 14 Abs. 5 HeimG . .	110
c) Sittenwidrigkeit	114
II. Abschluss von Rechtsgeschäften durch den Betreuer.	116
1. Vertretungsmacht	116
a) Gesetzliche Vertretung	118
b) Aufgabenkreis	120
c) Innen- und Außenverhältnis	124
2. Beschränkungen der gesetzlichen Vertretungsmacht.	126
a) Grenzen der gesetzlichen Vertretung	126
aa) Streng höchstpersönliche Rechtsgeschäfte	127
bb) Eingeschränkt höchstpersönliche Rechtsge- schäfte	132
b) Vertretungsverbote	135
aa) Insichgeschäft.	139
bb) Rechtsgeschäft mit Ehegatten oder Verwandten des Betreuers	143
cc) Ausnahmen.	145

	Rn.
c) Gerichtliche Genehmigungserfordernisse	147
aa) Genehmigungspflicht	148
bb) Erteilung der Genehmigung	150
cc) Genehmigungsverfahren nach altem und neuem Recht	156
(1) Altes Recht	156
(2) Neues Recht	160
(3) Probleme in der notariellen Praxis	165
III. Sonderprobleme des Vertretungsrechts	168
1. Schenkungsverbot, §§ 1908i Abs. 2, 1804 BGB	168
a) Pflichtschenkung	173
b) Ausstattung	176
2. Widerruf wechselbezüglicher oder vertragsmäßiger Ver- fügungen gegenüber dem Betreuer im Fall der Geschäfts- unfähigkeit des Betreuten	183
a) Gemeinschaftliches Testament	183
aa) Gemeinsamer Widerruf	184
bb) Einseitiger Widerruf	186
b) Rechtslage beim Erbvertrag	196
3. Annahme und Ausschlagung einer Erbschaft des Betreuten	200
a) Annahme der Erbschaft und Erbscheinsantrag	202
b) Erbschaftsausschlagung und betreuungsgerichtliche Genehmigung	205
4. Tod des Betreuten im laufenden Genehmigungsverfahren	214
5. Ausfertigungen/beglaubigte Abschriften für den Betreuer	219
Teil 2: Vorsorgeverfügungen	229
A. Einleitung	229
I. Vielzahl von Veröffentlichungen	229
II. Gründe für das öffentliche Interesse	231
1. Der „demographische Faktor“	231
2. Die „Privatisierung der Altersvorsorge“	233
3. Angst vor der Apparatedizin	236
4. Nachlassende Bedeutung von „Familie“ i.e.S.	237
III. Die Vorteile von Vorsorgevollmachten	238
IV. Aufgabenstellung für den Berater	240

	Rn.
1. Ausgangspunkt: Typische Beratungssituationen	240
2. Checklisten und Muster	242
3. Kunst der situationsbezogenen Anpassung	244
4. Formulierungsgrundsätze	245
B. Regelungsbereiche und Regelungsinhalte	246
I. Vorfragen	246
1. Geschäftsfähigkeit oder Einwilligungsfähigkeit?	246
2. Zweifel an der Geschäftsfähigkeit	249
a) Vermutung für Geschäftsfähigkeit	250
b) Vorgehen bei Anhaltspunkten für fehlende Geschäfts- fähigkeit	251
c) Eigene Entscheidung des Notars	255
d) Vermerkpflcht	256
aa) Allgemeines	256
bb) Vermerkinhalt	257
cc) Voraussetzungen eines Vermerks	258
dd) Formulierungsgrundsätze	259
ee) Tatsachenbescheinigung außerhalb der Urkunde. .	260
3. Als Bevollmächtigte ausgeschlossene Personen	261
4. Der „anwaltliche Vorsorgebevollmächtigte“	267
5. Verstoß gegen das Rechtsdienstleistungsgesetz.	269
II. Vermögensrechtliche Angelegenheiten in Vorsorgevoll- machten	275
1. In der Praxis zumeist untaugliche Ausgestaltungsformen. .	276
a) Bedingte Vollmachten	276
b) Vollmachten mit Aushändigungsbeschränkungen . . .	282
c) Spezialvollmachten	288
2. Regelfall: Generalvollmachten mit Verwendungsbe- schränkungen lediglich im Innenverhältnis	289
a) Die grundsätzliche Lösung	289
b) Praktische Einschränkung: Verbindung des Wirk- samwerdens der Vollmacht mit Besitzerlangung von Urschrift oder Ausfertigung	294
c) Das Erteilen weiterer Ausfertigungen	299
3. Einzelfragen	301
a) Befreiung von § 181 BGB?	301

	Rn.
b) Untervollmachten.	305
aa) Dogmatische Aspekte der Ausübung von Untervollmachten.	305
bb) Recht zur Erteilung von Untervollmachten?	307
cc) Umfang und Reichweite der Untervollmacht ...	309
dd) Erlöschen der Untervollmacht bei Wegfall der Hauptvollmacht?	311
ee) Nachweisfragen.	316
ff) Checkliste für die Urkundsgestaltung.	317
c) Vollmacht über den Tod hinaus?	318
aa) Die gesetzliche Auslegungsregel.	318
bb) Empfehlungen für die Kautelarpraxis.	320
cc) Weitere Gestaltungsfragen.	324
dd) Probleme bei der Anwendung transmortaler Vollmachten.	329
d) Aufzählung der Handlungsbereiche?.....	330
aa) Vorteile von Aufzählungen.	331
bb) Nachteile von Aufzählungen.	332
cc) Empfehlung für die Urkundsgestaltung.....	334
e) Vorsorgevollmacht und Bankgeschäfte.	340
aa) Das deutsche Recht lässt das Handeln durch einen Vertreter zu.	341
bb) Durch AGB kann das Handeln eines Vertreters nicht ausgeschlossen werden.	342
cc) Welche Vollmachten muss die Bank anerkennen?	344
dd) Vorlage von Urschrift oder Ausfertigung.	346
ee) Schadensersatzpflicht der Bank.	348
ff) Vorsorgevollmacht und zusätzliche Bankvollmacht.	350
gg) Die „bankenfreundliche“ Vollmacht.	353
f) „Immanente“ Schranken von Generalvollmachten? ..	354
aa) Kollusion.	357
bb) Offensichtlicher Missbrauch.	358
g) Schenkungen aufgrund von Vorsorgevollmachten?...	361
h) Fälle, in denen trotz Generalvollmacht keine Vertretung möglich ist.	366

	Rn.
III. Nichtvermögensrechtliche Angelegenheiten in Vorsorgevollmachten	372
1. Zulässigkeit der Vollmachtserteilung	372
2. Inhaltliche Ausgestaltung	376
3. Möglichkeit der Erteilung von Untervollmachten	380
a) Stellungnahmen in der Literatur	381
b) Eigene Meinung	382
aa) Der Kontext der Ausführungen von Ute Walter ..	383
bb) Kein gesetzliches Verbot der Unterbevollmächtigung im personalen Bereich	384
cc) Ein Verbot der Unterbevollmächtigung hätte die Einschaltung des Staates zur Folge	385
c) Folgerungen für die Praxis	388
4. Ergänzende Hinweise	391
a) Angelegenheiten von Post und Telekommunikation ..	391
b) Regelungen zur Bestattung	393
c) Regelungen zur Organspende	395
d) Genehmigungspflicht und Betreuerbestellung	396
e) Wirksamkeit von „Altvollmachten“	398
f) Vertretungsfeindliche Geschäfte	399
IV. Betreuungsverfügung	400
1. Allgemeines/Inhalt	400
2. Bindungswirkung	406
a) Vorschläge zur Betreuerperson	406
b) Wünsche zur Durchführung der Betreuung	410
3. Praktischer Anwendungsbereich von Betreuungsverfügungen	416
a) Fallsituation 1:	417
b) Fallsituation 2:	419
c) Fallsituation 3:	420
d) Fallsituation 4:	421
V. Patientenverfügung	422
1. Einleitung	422
2. Geschichte der gesetzlichen Neuregelung	435
3. Grundgedanken der gesetzlichen Regelung	440
a) Überblick	440

	Rn.
b) Grundverständnis	441
aa) Kein Verbot der Basisversorgung	442
bb) Zeitlicher Abstand; antizipierte Entscheidung	443
cc) Ärztliches Behandlungsangebot	444
dd) Keine Reichweitenbeschränkung	446
c) Fallbeispiel	449
d) Weitere wichtige Einzelaspekte der gesetzlichen Regelung	460
aa) „Gleichlauf“ von Betreuer und Bevollmächtigtem	461
bb) Verfahren der Genehmigung des Betreuungsgerichts	463
cc) „Qualifizierte“ und „einfache“ Patientenverfügung	468
4. Kritische Überlegungen zur gesetzlichen Regelung	471
a) Keine Klärung der Rechtsqualität einer Patientenverfügung	471
aa) Unmittelbar verbindliche Willenserklärung	472
bb) Umsetzungsbedürftige Richtungsentscheidung	473
cc) Vermittelnde Position	475
dd) Eigene Position	477
b) Der „Geburtsfehler“ des Gesetzes: Einordnung ins Betreuungsrecht	478
aa) Starke Auffassung in der Literatur	480
bb) Eigene Auffassung	482
c) Abgrenzung von „qualifizierter“ und „einfacher“ Patientenverfügung	491
aa) Restriktive Definition der „qualifizierten“ Patientenverfügung	494
bb) Kritik an einer zu restriktiven Definition	495
cc) Eigenes Ergebnis	498
dd) Praktische Konsequenzen	500
d) Die Schriftlichkeit der „qualifizierten“ Patientenverfügung	502
e) Volljährigkeit des Verfassers einer „qualifizierten“ Patientenverfügung	503

	Rn.
f) Problematik der „Ausdrücklichkeit“ bei Vollmachten . .	507
g) Einschaltung von nahen Angehörigen und sonstigen Vertrauenspersonen	510
h) „Der“ behandelnde Arzt	511
i) Problem der jederzeitigen Widerruflichkeit	512
j) Beachtlichkeit von Patientenverfügungen bei neuen Behandlungsmethoden	516
5. Auswirkungen auf die Gestaltung von Patientenverfü- gungen	518
a) Ausdrückliche Benennung von § 1901a Abs. 1 BGB . .	520
b) Ärztliche Aufklärung – Einbeziehung in die textliche Gestaltung	522
c) Problem der Aktualisierung	532
d) Möglichst gegenständliche und konkrete Formulie- rungen	542
e) Aufnahme von Wertvorstellungen	552
f) Benennung eines Bevollmächtigten	554
g) Hinweise auf Genehmigungspflichten	562
6. Ergänzende Hinweise	564
a) Unzulässige Inhalte von Patientenverfügungen	564
b) Patientenverfügung und Organspende	570
aa) Argumente für einen unabhängigen Organspen- deausweis	573
bb) Gründe für eine Verbindung von Patientenverfü- gung und Organspendeerklärung	574
c) Möglichkeit einer vollständigen Entscheidungsdelega- tion auf den Bevollmächtigten	578
d) Patientenverfügungen und Palliativmedizin	583
e) Der Wunsch nach „Maximaltherapie“	585
f) Der Umgang mit „alten“ Patientenverfügungen	588
7. Schlussgedanken zur gesetzlichen Neuregelung	590
VI. Grundverhältnis	592
1. Allgemeines	592
2. Rechtsnatur des Grundverhältnisses	596
3. Bereiche des Grundverhältnisses	599
4. Argumente für die Ausgestaltung des Grundverhältnisses	602

	Rn.
5. Argumente gegen die Notwendigkeit einer umfangreichen Ausgestaltung des Grundverhältnisses	605
a) Kritik an den Musterformulierungen für das Grundverhältnis	606
b) Verzicht auf rechtliche Ausgestaltung bedeutet nicht Rechtlosigkeit.	608
c) Keine übertriebene Angst vor der Notarhaftung	609
d) Die Gefahr der Schwächung der Vollmacht im Außenverhältnis	612
e) Die Gefahr der „textlichen Zementierung“	615
f) Der Kostenaspekt	616
g) Fazit	617
6. Eine oder mehrere Urkunden/Texte	618
a) Argumente für die Trennung	619
b) Argumente für die Verbindung in einer Urkunde.	620
7. Zusammenfassung	622
VII. Mehrere Bevollmächtigte/Überwachungsbetreuer	624
1. Mehrere Bevollmächtigte	624
a) „Gleichrangige“ Einzelbevollmächtigte.	625
b) Bevollmächtigter und Ersatzbevollmächtigter	626
c) „Doppel“vollmacht	628
d) Mehrere Bevollmächtigte mit unterschiedlichen Aufgabenbereichen.	631
2. Überwachungsbevollmächtigter	633
3. Vollmachtsüberwachungsbetreuer	635
a) Aufgabenbereich	635
b) Voraussetzungen für die Bestellung	636
aa) Wirksame und nicht widerrufen Vollmacht	636
bb) Fehlende Überwachungsmöglichkeit	637
cc) Konkreter Überwachungsbedarf	638
dd) „Negative“ Voraussetzung	640
c) Hinweise für die Urkundsgestaltung	643
aa) Anregung zur Bestellung eines Vollmachtsüberwachungsbetreuers	643
bb) Belehrungspflichten des Notars	645
d) Rechtsschutzmöglichkeiten	646

	Rn.
VIII. Widerruf von Vorsorgevollmachten	648
1. Der Widerruf durch den Vollmachtgeber	649
a) Faktische Unwiderruflichkeit nach Verlust von Geschäfts- bzw. Einsichtsfähigkeit	650
b) Unwiderruflich erteilte Vorsorgevollmachten	651
c) Form und Inhalt einer Widerrufserklärung	655
2. Widerruf durch einen von mehreren Bevollmächtigten	657
a) Wann besteht die Widerrufsmöglichkeit? Die Fallsituationen:	660
aa) „Gleichrangige“ Einzelbevollmächtigte	660
bb) Bevollmächtigter und „Ersatz“bevollmächtigter	661
cc) Gemeinsame Vertretungsbefugnis	663
dd) Mehrere Bevollmächtigte mit unterschiedlichen Aufgabenbereichen	664
ee) Zwischenergebnis	665
b) Wie hoch ist das Risiko eines missbräuchlichen Widerrufs?	666
aa) Der „Wettlauf“ beim Widerruf ist ein Scheinproblem	668
bb) „Immanente“ Schranken von Generalvollmachten	671
cc) Die Möglichkeit der Bestellung eines Vollmachtsüberwachungsbetreuers	675
c) Folgerungen für die Beratung und die Vollmachtsgestaltung	677
aa) Begrenzung der Zahl der Bevollmächtigten	678
bb) Angst vor dem Widerruf durch einen von mehreren Bevollmächtigten – ein Indiz für fehlendes Vertrauen	681
3. Widerruf der Vollmacht durch einen Betreuer oder Vollmachtsüberwachungsbetreuer	685
a) Grundsätze	686
b) Rechtsschutzmöglichkeiten gegen den erklärten Widerruf	690
4. Widerruf von Vollmachten, die über den Tod hinaus erteilt wurden	696

	Rn.
IX. Schlussgedanke: Keine Überforderung der Beteiligten mit zu komplizierten Texten und Gestaltungen	702
C. Form- und Gestaltungsfragen	704
I. Allgemeines/Beglaubigungsbefugnis der Betreuungsbehörde	704
1. Grundsätze	704
2. Umfang und Grenzen der Zuständigkeit der Betreuungs- behörde	707
a) Die zuständigen Personen	707
b) Die zulässigen Inhalte	708
c) Keine Beratung	710
3. Die „Rechtsqualität“ der Beglaubigung durch die Betreu- ungsbehörden.	712
4. Die rechtliche Qualität von beglaubigten „Altvollmach- ten“	715
II. Argumente für die Beurkundung von Vorsorgevollmachten: Beurkundung „schlägt“ Beglaubigung	716
1. Willensermittlung und zweifelsfreie Wiedergabe im Text. .	717
2. Keine Bedenken gegen die Verwendung vorformulierter Texte	719
3. Höherer „Beweiswert“ der Beurkundung	722
4. Höhere „Flexibilität“ der Beurkundung.	725
5. Geschäftsfähigkeit muss der Notar nur bei der Beurkun- dung prüfen	729
6. Beurkundungszwang	733
7. Zusammenfassung	734
III. Wirksamwerden/Zugang	735
IV. Legitimationsprüfung nach GwG	738
1. Neufassung des GwG	739
2. Wann treffen den Notar die Pflichten nach GwG?	740
a) Umfang der Identifizierungspflichten nach GwG	743
V. Auf wen muss die Ausfertigung lauten?	745
VI. Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung: zwei Urkunden oder „Paketlösung“	748
1. Argumente für die „Trennungslösung“	749
2. Argumente für die „Paketlösung“	750
D. Hinterlegung von Vorsorgeverfügungen	751

	Rn.
I. Das Vorsorgeregister der BNotK.	752
1. Die Einrichtung.	752
2. Die Anerkennung durch den Gesetzgeber.	755
a) Vorgeschichte.	755
b) Regelungsinhalt.	756
3. Die Akzeptanz.	758
4. Pflichten des Notars nach § 20a BeurkG.	761
5. Was erfasst das Register?.	765
6. Die Meldung beim Register.	769
7. Die Gebühren des Registers.	774
8. Datenschutz.	776
9. Befreiung von der Verschwiegenheitspflicht.	777
10. Kritik am Vorsorgeregister.	780
11. Die Neuregelungen des FamFG.	781
II. Sonstige institutionelle Hinterlegungs- und Registrierungs- möglichkeiten.	782
1. Hinterlegung beim Amtsgericht.	782
a) Betreuungsverfügungen.	783
b) Vorsorgevollmachten.	784
2. Sonstige Einrichtungen.	785
III. Gesetzliche Ablieferungspflichten.	787
E. Kosten.	790
I. Wertermittlung.	794
1. Wertermittlung für Vollmachten im Vermögensbereich. ...	794
a) Wertabschlag bei verzögerter Erteilung von Ausfertigungen.	797
b) Wertabschlag bei ausdrücklich bedingten Vollmachten.	799
c) Wertabschlag bei erkennbarem Charakter als Vorsorgevollmacht.	800
d) Wertabschlag bei Mitbeurkundung des Grundverhältnisses.	803
e) Weitgehende Ablehnung von Wertabschlägen bei Vorsorgevollmachten.	805
f) Die Höhe des Wertabschlags.	809
g) Spezialvollmachten.	812

	Rn.
2. Wertermittlung für den Bereich der nichtvermögensrechtlichen Angelegenheiten	813
3. Wertermittlung bei Betreuungsverfügungen	816
4. Wertermittlung bei Patientenverfügungen	818
II. Form und Gebühr	820
1. Die Gebühren bei Beurkundungen i.e.S.	822
a) Gegenstandsgleichheit und Gegenstandsverschiedenheit	824
aa) Verhältnis von vermögensrechtlichem und nichtvermögensrechtlichem Teil der Vorsorgevollmacht	824
bb) Verhältnis von Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung	827
cc) Verhältnis von Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung	832
dd) Verhältnis von Betreuungsverfügung und Patientenverfügung	833
b) Behandlung häufiger Fallgruppen an Fallbeispielen ..	836
2. Die Gebühren bei Unterschriftsbeglaubigungen	841
a) Unterschriftsbeglaubigungen mit Entwurf	841
b) Unterschriftsbeglaubigungen ohne Entwurf	842
III. Mehrere Bevollmächtigte/Mehrere Vollmachten in einer Urkunde	843
IV. Andere mögliche Gebühren.	845
1. Berücksichtigung des Grundverhältnisses	845
2. Ablieferungs- und Unterrichtungspflichten gegenüber dem Betreuungsgericht	847
3. Vollmacht mit Aushändigungsbeschränkungen	848
4. Mitteilung an das Vorsorgeregister der BNotK	853
V. Zusammenfassung	857
VI. Ausblick: Die Neuregelungsvorschläge der Expertenkommission vom 10.02.2009	859
1. Die geplante Reform der Kostenordnung	859
2. Einzelhinweise zu den vorgesehenen Änderungen	861
a) Geschäftswert	861
b) Gebühr	862

	Rn.
c) Konkurrenzregelungen.....	863
Teil 3: Sonderfragen	864
A. Internationalprivatrechtliche Aspekte von Betreuung und	
Vorsorgevollmacht.....	864
I. Anwendbares Recht.....	864
1. Reform des Erwachsenenschutzrechts durch das ESÜ ...	864
2. Sachlicher Anwendungsbereich des ESÜ	871
3. Internationale Zuständigkeit	876
4. Anwendbares Sachrecht auf Maßnahmen des Erwachse-	
nenschutzes	879
5. Verbleibende Bedeutung von Art. 24 EGBGB	881
6. Anerkennung ausländischer Entscheidungen	886
II. Das auf Vorsorgevollmachten anzuwendende Recht.....	891
1. Art. 15 ESÜ	891
a) Vorbemerkung	891
b) Sachlicher Anwendungsbereich.....	892
c) Räumlicher Anwendungsbereich.....	894
d) Zeitlicher Anwendungsbereich	895
e) Bestehen, Umfang, Änderung und Beendigung der	
Vollmacht.....	896
f) Durch Art. 15 ESÜ zur Anwendung berufene Rechts-	
ordnung	898
g) Art und Weise der Ausübung der Vollmacht	900
2. Autonomes Kollisionsrecht	902
III. Patientenverfügung	908
IV. Bedeutung und Anerkennung von Vorsorgeverfügungen in	
Europa.....	911
1. Schweiz	911
a) Vorsorgevollmacht	911
b) Patientenverfügung.....	915
2. Österreich.....	918
a) Vorsorgevollmacht	918
b) Patientenverfügung.....	921
3. Frankreich	925
a) Vorsorgevollmacht	925
b) Patientenverfügung.....	930

	Rn.
4. Niederlande	934
5. Belgien.....	936
a) Vorsorgevollmacht	936
b) Patientenverfügung.....	937
6. Spanien	938
a) Vorsorgevollmacht	938
b) Patientenverfügung.....	939
7. England und Wales	940
a) Vorsorgevollmacht	940
b) Patientenverfügung.....	943
c) Anwendbares Recht	945
8. Italien.....	946
B. Die unternehmensbezogene Vorsorgevollmacht	948
I. Entwicklung der Diskussion	948
II. Regelungsbedürftige Fälle.....	952
III. Inhaltlicher Regelungsbedarf	956
IV. Auswahl des Bevollmächtigten.....	958
V. Inhalt der unternehmensbezogenen Vollmacht	961
1. Innenverhältnis: Handlungsanweisung	961
a) Inhalt und Bedeutung der Handlungsanweisung	961
b) Fortführung des Betriebes	966
c) Übertragung/Verkauf	970
d) Liquidation.....	974
e) Formulierungsbeispiele für Handlungsanweisungen ..	976
aa) Formulierungsbeispiel: Handlungsanweisung des Einzelunternehmers	976
bb) Formulierungsbeispiel: Handlungsanweisung des Alleingesellschafter-Geschäftsführers	977
2. Außenverhältnis: Vollmachtserteilung	978
a) Überblick	978
b) Bürgerlich-rechtliche Generalvollmacht	979
aa) Einzelkaufmann	979
bb) Personen- und Kapitalgesellschaften	980
c) Generalhandlungsvollmacht.....	984
d) Prokura.....	987
e) Stimmrechtsvollmacht	992

	Rn.
f) Organvertretung	995
VI. Abschließende Würdigung	998
Teil 4: Formulierungsmuster	1002
A. Muster: Umfassende Vorsorgevollmacht mit einem Bevollmächtigten und einem weiteren Bevollmächtigten ohne Patientenverfügung.	1006
B. Muster: Umfassende Vorsorgevollmacht mit einem Bevollmächtigten und einem weiteren Bevollmächtigten mit „weitreichender“ Patientenverfügung	1007
C. Reine Patientenverfügung	1008
I. Muster: „Weitreichende“ Patientenverfügung	1008
II. Muster: Patientenverfügung mit dem Wunsch nach Maximaltherapie	1009
III. Muster: Patientenverfügung bei schwerer Krankheit	1011
D. Muster: Betreuungsverfügung.	1012
Anhang	
A. Verordnung über das Zentrale Vorsorgeregister (Vorsorgeregister-Verordnung).	1013
B. Satzung über die Gebühren in Angelegenheiten des Zentralen Vorsorgeregisters (Vorsorgeregister-Gebührensatzung)	1014
C. Übereinkommen über den internationalen Schutz von Erwachsenen.	1015
	Seite
Stichwortverzeichnis	429